

Inhalt

Einleitung 11

Mythos Ostpolitik 19

Taugoggen, Rapallo und der Hitler-Stalin-Pakt 19 Westbindung und Neue Ostpolitik 26

Teil I:

Die Ära Kohl. Auf der Suche nach Stabilität in einem Europa vieler Zeitenwenden (1989–1998)

1. Helmut Kohl und die Sowjetunion 37

2. Die deutsche Einheit und der Zusammenbruch der Sowjetunion
(1990/91) 43

Jahr der Instabilität 54 Enter Jelzin 62 Die EG/EU- und NATO-Erweiterungen 66 Goodbye Gorbatschow 72

3. Jelzins neues Russland? (1992/93) 76

Die Zukunft im Baltikum 81 Besuchsdiplomatie und Denkschriften 84 Krisen und Brände an der Peripherie (1993) 95 Die Innere Lage Russlands 100

4. Das Ende des Tauwetters: Die NATO-Osterweiterung, Jelzins Autoritarismus und Tschetschenien (1993–1998) 108

Die NATO-Osterweiterung 109 Der Krieg in Tschetschenien 118 Keine Reformer, sondern Klagen und Drohungen 125 Einbindung trotz Entfremdung 128 Das «Supermächtewahljahr» 1996 133 Wachsender Unmut und die Erweiterung der NATO 142 Außer Spesen nichts gewesen? Krisen und Konflikte im letzten Amtsjahr Kohls 149

Teil II:
Die rot-grünen Jahre. Handel ohne Wandel
(1998–2005)

1. Der kurze Draht nach Osten. Gerhard Schröder zwischen West- und Ostpolitik vor 1998 163
Weltpolitiker in Niedersachsen 168
2. Holpriger Start (1998–2000) 172
Kosovo 178 Unterkühlter Beginn 182 Eine europäische Russlandpolitik? 186 Enter Putin 190 Tschetschenien 193 Erste Warnsignale 200
3. Neue Herzlichkeit (2000/01) 205
Die Annäherung 205 Der 11. September 2001 und das folgende Tauwetter 211 Die amerikanischen Raketenabwehrpläne und die nächste NATO-Erweiterung 219
4. Die ostpolitische Dimension des Irak-Krieges 227
Die deutsche Haltung: vorausseilendes Veto ohne Vetomacht 230 Putins Irakpolitik und Konvergenzen mit Berlin 236 Schlüsseljahr 2003: Europäische Spaltung – neue Troika 242 Die Folgen des Irak-Krieges 248
5. Handel ohne Wandel (2002–2005) 253
Bilaterale oder europäische Russlandpolitik? 2003/04 256 Kritik an der Schröder'schen Russlandpolitik 260 Die OSZE, die neue Nachbarschaftspolitik und die Farbenrevolutionen 263 Regierungswechsel und Status quo am Ende der rot-grünen Jahre 268 Nord Stream 272

Teil III:
Die Ära Merkel/Steinmeier.
Führung ohne Abschreckung oder Eindämmung
(2005–2021)

1. Prägungen auf dem Weg ins Kanzleramt 277
Die «russische» Kanzlerin? 278 Die Oppositionsführerin (2002–2005) 283
2. Jahre zunehmender Spannungen (2005–2007) 289
Außenpolitik in der Ära Merkel 289 Ambivalente Anfänge 294 Europäisierte Russlandpolitik 303 Putins Paukenschlag in München 309 Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 313
3. Das Krisenjahr 2008 und die Folgen 321
Die Unabhängigkeit des Kosovo 323 Vor dem Gipfel in Bukarest 326 Die Ausgangslage 329 Entscheidung in Bukarest 338 Eine Urkatastrophe? 344 Der russisch-georgische Konflikt 346 Der «Steinmeier-Plan»: ein vergessener diplomatischer Versuch 349 Krieg im Kaukasus 354 Die Lotsin geht an Bord 358 Kurswechsel des Westens? 363 Neustart nach der Krise? Die Reaktion der EU 371 Die neue Energiepolitik der EU 378
4. Neubeginn oder Kalter Frieden? Jahre des Übergangs (2009–2013) 385
Tauwetter und neue Sicherheitsstrategien? (2009–2010) 385 Eine schwarze gelbe Russlandpolitik? 392 Die Meseberg-Initiative 398 Der Arabische Frühling und die Krise in Russland (2011/12) 403 «Deutsch-russische Eiszeit» (2012/13) 406
5. Zäsur ohne Zeitenwende (2014/15) 411
Das EU-Ukraine-Assoziierungsabkommen und der Euro-Maidan 412 Die Annexion der Krim und die Reaktion des Westens 421 Die Eskalation im Osten der Ukraine, Frühling 2014 430 Krisensommer 438 Minsk I 441 Deutsche Debatten 447 Auf dem Weg zu Minsk II 452 Die Woche der Wahrheit, 5.–12. Februar 2015 455 Minsk II 462 Neue Wege und neue Krisen 467

6. Nord Stream 2: der Spaltpilz 474
Auswirkungen auf die Ukraine und die EU 478 Ein explosives Projekt? 484
7. Bewegung oder Starre? (2016–2021) 489
Neue diplomatische Versuche 489 Trump, Macron und die Russlandsanktionen 494 Multiple Stresstests: Morde, Zölle und eine wankende Supermacht (2018) 503 Zwist im Westen, neue Bedrohungen und kleine Lichtblicke 508 Der vergessene Gas-Deal 515 Bündnis mit Biden? 524 Die deutsch-amerikanische Einigung im Juli 2021 533

Teil IV:

Der Blick in den Abgrund (2021/22)

Neuer Kanzler, alte Sorgen 541 Countdown zum Krieg 544 Auftakt zur Zeitenwende 552

Fazit:

Der entgleiste Sonderzug

Die Kohl-Jahre: die geglückte Stabilisierung Osteuropas 558 Der «deutsche Weg» mit und über Moskau unter Gerhard Schröder 559 Führung ohne Eindämmung: Russlandpolitik in der Ära Merkel/Steinmeier 561 Utopie der Verflechtung ohne Rückversicherung 566 Appeasement oder Abschreckung? 570

Dank 579

Abkürzungsverzeichnis 581

Anmerkungen 583

Karten 711

Personenregister 717

Ein vollständiges Quellen- und Literaturverzeichnis ist zu finden unter www.chbeck.de/Scianna_Sonderzug-nach-Moskau

Mythos Ostpolitik

Tauroggen, Rapallo und der Hitler-Stalin-Pakt

Der deutsche Blick auf Russland war und ist sehr oft emotional: ein Wechselspiel aus Bewunderung und Ablehnung, aus Überhöhung und Mythologisierung, etwa der vielbeschworenen «russischen Seele».¹ Dies ist keine deutsche Eigenart. In Frankreich redet man einer angeblich historisch begründeten Partnerschaft ebenso das Wort, wie einem «europäischen» Russland, das zugleich Nachbar, unbesiegbarer Hüne und Hüter «traditioneller Werte» sei.² Man gedenkt der Allianz von 1892, der Waffenbrüderschaft in zwei Weltkriegen und der Sonderbeziehung mit Serbien. Diese Mythen verstellten und verstellen einen realistischeren Blick auf Russland und müssen im Zusammenhang mit der französischen Suche nach verlorener *Grandeur*, einer tiefsitzenden Skepsis gegenüber den USA und der NATO, sowie dem Nacheifern der «unabhängigen» Außenpolitik Charles De Gaulles gesehen werden. In den USA herrschte seit dem 19. Jahrhundert oftmals ein teils missionarischer Eifer, um das zarische Russland oder die Sowjetunion zu «befreien». Die Beschreibung des US-Präsidenten Ronald Reagan der UdSSR als «Evil Empire» war somit nur Sinnbild einer längeren Entwicklung, mit der die Vereinigten Staaten sich auch ihrer eigenen «historischen Aufgabe» versicherten.³

Der deutsche Umgang mit Russland ist von Chiffren überlagert, die ganz unterschiedlich ausgelegt und gedeutet worden sind. Für die Sicht auf Deutschland sind sie oftmals entscheidend. Zumal in den Ländern zwischen Deutschland und Russland die historische Erinnerung einen wichtigen Einfluss auf die Tagespolitik haben konnte.⁴ Es muss zunächst ein kurzer Blick auf diese Mythen geworfen werden: Tauroggen, Rapallo, der Molotow-Ribbentrop-Pakt und die Neue Ostpolitik.

Die deutsch-russischen Beziehungen waren bereits verflochten und wechselseitig, als es noch keinen deutschen Nationalstaat, sondern viele Kleinstaaten gab. In Russland erkannte man in ihnen höchstens Juniorpartner, mit

denen die Romanow-Familie dynastisch eng verbunden war. Im 18. Jahrhundert setzte eine Modernisierung Russlands auch durch «deutsche» Hilfe ein. Peter der Große und Katharina die Große waren teils Gegner und teils Partner des Königreichs Preußen – etwa bei den Teilungen Polens. Diese Ambivalenz zeigte sich auch während der Napoleonischen Kriege. Preußen war nach der schmerzlichen Niederlage von 1806/07 nun seit Februar 1812 in einem Bündnis mit Frankreich. Der König versprach Napoleon, die Hälfte seiner Soldaten für den Russlandfeldzug abzustellen. Als die *Grande Armée* sich in klirrender Kälte geschlagen und verlustreich zurückzog, und die Russen den preußischen General Johann Graf Yorck von Wartenburg wiederholt zum Bündniswechsel drängten, gab er ohne den Segen seines Königs nach. Am 30. Dezember 1812 verbriefte die Konvention von Tauroggen einen Waffenstillstand zwischen den preußischen und russischen Truppen, der bald in einer Allianz gegen Frankreich mündete. Die deutsch-russischen Bande zeigten sich auch 1830/31 und 1863, als Preußen dem Zarenreich bei der Unterdrückung polnischer Freiheitsbestrebungen half.

Der Gründung des Deutschen Kaiserreiches 1871 schaute Russland teils mit wohlwollender Neutralität zu und blickte danach doch missbilligend auf die neue Macht in der Mitte des Kontinents. Otto von Bismarck wollte einen guten Draht nach Russland, aber band sich nie einseitig an das Zarenreich oder aufgrund ideologischer Affinität.⁵ Die dynastischen Verbindungen der Hohenzollern und Romanows spielten für ihn eine untergeordnete Rolle, während Kaiser Wilhelm I. auf seinem Totenbett noch mahnend gefordert haben soll: «Lasset mir den Draht nach Russland nicht abreißen!»⁶ Nach dem Auslaufen des 1873 geschlossenen Dreikaiserabkommens mit Österreich-Ungarn, forcierte Bismarck 1887 den Rückversicherungsvertrag mit dem Zaren: Bei einem unprovokierten Angriff einer dritten Macht sollten die Vertragspartner neutral bleiben. So wollte Bismarck einen Zweifrontenkrieg gegen Frankreich und das zarische Imperium verhindern. Nach dem Abdanken Bismarcks 1890 setzten Veränderungen ein. Das Zarenreich schloss 1892 eine Allianz mit Frankreich, die später um England erweitert wurde. Ein bereits abgesprochenes Defensivbündnis zwischen Kaiser und Zar platzte 1905, obgleich der Handel zunahm und eine Art erste wirtschaftliche «Modernisierungspartnerschaft» bestand.⁷

Im Deutschen Kaiserreich herrschte im öffentlichen Diskurs ein teils «kolonialer Blick gen Osten».⁸ Russophilie und Anti-Slawismus existierten

nebeneinander. Eine engere Bindung an Russland schien immer wieder als Alternative zu einer Westorientierung hervor – ein vielschichtiger «Russland-Komplex» beeinflusste außenpolitisches, kulturelles und wirtschaftliches Denken.⁹ Im 20. Jahrhundert waren die bilateralen Beziehungen geprägt von «Revolution und Umbruch, durch Terror und Gewalt sowie Abgrenzung und Verständigung» und hatten großen Einfluss auf die europäische und internationale Ordnung.¹⁰ Im Ersten Weltkrieg kämpften beide Imperien bis 1917 gegeneinander – eine weitgehend «vergessene Front», die die Gefahren einer Entgrenzung des Krieges zeigte.¹¹ In Berlin wollte man das zarische Vielvölkerreich auch durch die Förderung nationaler Ambitionen etwa der Balten, Ukrainer und Polen ins Wanken bringen. Dann kam in Russland die Revolution – dank Wladimir Iljitsch Lenin, der mit deutscher Hilfe in einem Sonderzug aus der neutralen Schweiz quer durch das Kaiserreich – und auch Schweden und Finnland – fahren durfte und mit deutschen Hilfsgeldern die Romanows stürzte.¹² In Brest-Litowsk diktierte das Kaiserreich den Bolschewiki im März 1918 einen harschen Frieden und stärkte damit die eigene Machtposition in Ostmitteleuropa: Russland musste auf Polen sowie Gebiete der Ukraine und des Baltikums verzichten.¹³ Grenzen wurden neu gezogen, einer oft brutalen Besatzungsherrschaft folgte nach dem Krieg die millionenfache Flucht und noch mehr blutige Konflikte. Ein weiteres Beispiel, wie oft deutsch-russische Entscheidungen das Schicksal in «Zwischeneuropa» beeinflussten. Die Bolschewiki konnten durch den Friedensschluss jedoch ihre Macht sichern und sich im Russischen Bürgerkrieg, auch gegen ausländische Interventionsversuche, behaupten. Durch die Russische Revolution und die deutsche Niederlage im November 1918 waren beide Länder geschwächte und geächtete Außenseiter – und Gegner des Versailler Systems.

Von den wirtschaftlichen Krisen hart getroffen und als größte Verlierer des Krieges noch weitgehend außenpolitisch isoliert, fanden das neue Deutschland in Form der Weimarer Republik und die Sowjetunion in einem pittoresken italienischen Kurort zueinander: Rapallo. In Morgenmänteln soll man am Ostersonntag 1922 den bilateralen Ausweg aus der Isolation besiegelt haben. Der Inhalt war nicht bahnbrechend. Durch den Krieg entstandene Anspruchs- und Reparationsfragen wurden gelöst, offizielle diplomatische Beziehungen aufgenommen und neue Formen der wirtschaftlichen Kooperation beschlossen.¹⁴ In Deutschland wurde Rapallo als

fairer Friedensvertrag betrachtet, mit dem man etwaigen westlich-sowjetischen Regelungen zuungunsten Deutschlands zuvorgekommen sei – man sah sich als Opfer und wollte es nicht weiter sein. Zeitgleich tagte nur einige Kilometer entfernt in Genua eine internationale Konferenz zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Probleme. Die Teilnehmer hatten sich Einigkeit und Vertrauen auf die Fahnen geschrieben. Deutsche und Russen gingen jedoch eigene Wege, was sofort kritisiert wurde und im Westen und in Ostmitteleuropa größte Ängste auslöste, obwohl z. B. Großbritannien bereits vorher einen wirtschaftlichen Kooperationsvertrag mit der Sowjetunion unterzeichnet hatte.¹⁵ Man fürchtete einen neuen deutsch-sowjetischen Machtblock bzw. ein (zu) mächtiges Deutschland durch ein Andocken Berlins an Moskau. Noch auf der Konferenz in Genua erhielt die deutsche Delegation eine Protestnote überreicht. Der Vorwurf? Deutschland kehre zur Geheimdiplomatie zurück und untergrabe die neue Ära einer vertrauensvollen Zusammenarbeit in der internationalen Politik.¹⁶ Den westlichen Staaten ging es allerdings auch um handfeste Interessen: Der deutsche Verzicht auf die Rückzahlung der Schulden des Zarenreichs durch die sowjetischen Machthaber schuf einen Präzedenzfall, durch den die anderen Länder vermutlich ebenso leer ausgehen würden.¹⁷

Rapallo wurde aufgrund externer Zuschreibungen zu einem Mythos und griff zudem bereits existierende Elemente der «romantisch-mythisch verklärte[n] deutsch-russische[n] Vergangenheit» auf.¹⁸ Es wurde, wie der Osteuropahistoriker Dietmar Neutatz bemerkt hat, entweder «der Geist von Rapallo» und eine «deutsch-russische Schicksalsgemeinschaft» positiv beschworen oder das «Gespenst von Rapallo» als abschreckende Mahnung vor einem deutschen Alleingang, «Unzuverlässigkeit deutscher Politik» oder anti-polnischer Politik beider Staaten herangezogen.¹⁹ In der Sowjetunion wurde Rapallo zum Sinnbild der «friedlichen Koexistenz» – ein Begriff, der erstmals 1920 verwendet worden war.²⁰ In Ostmittel- und West-Europa tauchte das «Gespenst von Rapallo» bei vielen Einschnitten der deutschen Geschichte immer wieder auf und wurde zu einem «europäischen Erinnerungsort des 20. Jahrhunderts».²¹ Rapallo wurde in Deutschland zu einem Gegenmythos zum Vertrag von Versailles – der als «ungerechter» Friede eine große Hypothek für die Weimarer Republik war und lange Zeit ein deutsches Trauma blieb.²² Verkürzt gesagt, konnte der Friedensschluss mit Russland als gut, der mit den westlichen Mächten als schlecht dargestellt

werden. Der Rapallo-Mythos knüpfte an Tauroggen an und ebenso schwang die Hoffnung mit, dass Versailles ebenso wie die Niederlage im Friedensschluss von Tilsit 1807 bald durch einen Pakt mit Russland überwunden werden könnte.²³ War Rapallo der Startschuss für einen gemeinsamen strategischen Revisionismus Deutschlands und der Sowjetunion gegen die Versailler Ordnung?

Diese Auslegung ginge zu weit. Rapallo blieb ein taktischer Zug, ein «reines Zweckbündnis».²⁴ Der Vertrag diente primär als Hebel für mehr außenpolitische Handlungsfreiheit und Wiedererlangung einer Großmachtstellung. Die Weimarer Republik betrieb hiernach eine weitgehend auf Ausgleich mit den Westmächten zielende Außenpolitik, in der die Sowjetunion, trotz geheimer militärischer Zusammenarbeit und «hochgradig politisierter» wirtschaftlicher Beziehungen in den kommenden Jahren, keine Priorität besaß.²⁵ Symbolisch für die Westbindung stand das Jahr 1925: mit dem Vertrag von Locarno, in dem der territoriale Status Quo (im Westen) und ein Gewaltverzicht erklärt wurde. Deutschland strebte mit einer friedlichen Verständigungspolitik nach der Revision von Versailles und es begann eine Phase der Entspannung, der internationalen Kooperation und der kollektiven Sicherheit.²⁶ Dennoch schloss man im Folgejahr den Berliner Vertrag mit der Sowjetunion, der eine Nicht-Teilnahme an einem Wirtschaftsboykott und eine Neutralität bei einem Angriff einer dritten Macht festlegte. Eine große Zeremonie fand nicht statt und inhaltlich gab es ebenfalls wenig Bahnbrechendes.²⁷ Es war kein neuer «Rückversicherungsvertrag» oder «Ost-Locarno», denn die Grenzfrage im Osten blieb ungeklärt.²⁸ Vielmehr wurde einer einseitigen Bindung an die Sowjetunion eine Absage erteilt und die diplomatischen Beziehungen zu Moskau blieben ambivalent.²⁹ Zudem trat Deutschland nur Monate später dem Völkerbund bei, was in der Sowjetunion auf wenig Gegenliebe stieß. Trotz enger Tuchfühlung mit Moskau, lag der außenpolitische Anker im Westen. Doch die Fahrwasser wurden im Zuge der Weltwirtschaftskrise unruhiger und mit der nationalsozialistischen Machtübernahme begann 1933 eine Ära des aggressiven Revisionismus, der in den Zweiten Weltkrieg mündete.

Die Zeichen standen auf Sturm. Die Verfolgung auch der deutschen Kommunisten sorgte für Verstimmungen mit der Sowjetunion, die lange auf ein baldiges Ende der NS-Herrschaft hoffte oder sich kooperationsbereit zeigte.³⁰ Hitler wollte aber nicht kooperieren und verhielt sich nach der

Machtsicherung im Innern auch außenpolitisch immer aggressiver. Das nationalsozialistische Deutschland trat aus dem Völkerbund aus, rüstete auf und brach im März 1936 durch den Einmarsch in das entmilitarisierte Rheinland die Verträge von Versailles und Locarno.³¹ Der Machthunger war keineswegs gestillt, denn das langfristige Ziel war die gewaltsame Eroberung von «Lebensraum» im Osten. Die nächsten Expansionsschritte fanden daher in Ostmitteleuropa statt. Dem «Anschluss» Österreichs im März 1938 sollte die Zerschlagung der Tschechoslowakei folgen. Im September wurde in München diplomatisch ein großer Krieg verhindert – zu Lasten der Regierung in Prag und ohne das Beisein der Sowjets. Stalin war wie schon während des Spanischen Bürgerkrieges erneut überzeugt, der Westen werde nichts tun, um Hitler aufzuhalten und die Idee der «kollektiven Sicherheit» daher wertlos. Das Münchner Abkommen bleibt bis heute Chiffre einer Appeasement-Politik, die revisionistische Aggressoren nur zu weiterer Expansion animiert und über das Schicksal der kleineren (Opfer-) Staaten hinwegsieht.³² Denn nur wenige Monate später zerschlug Hitler die «Rest-Tschechei» und brach im September 1939 den Zweiten Weltkrieg vom Zaun – anfangs mit Rückversicherung.

Im Sommer hatte sich ein diplomatischer Coup angebahnt. Der Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939 war ein Nichtangriffspakt und umfasste auch eine deutsch-sowjetische Aufteilung Ostmitteleuropas durch das sogenannte Geheime Zusatzprotokoll.³³ Hitler bannte vorerst die Gefahr eines Zweifrontenkrieges. Stalin beteiligte sich bereitwillig am Landraub. In Großbritannien und Frankreich war man geschockt und erkannte ein neuerliches Tauroggen und Rapallo.³⁴ Die Folgen des Geheimen Zusatzprotokolls waren unmittelbar: Nach der gemeinsamen Zerschlagung Polens attackierte die Sowjetunion Finnland und besetzte die baltischen Staaten und Teile Rumäniens.³⁵ In der Sowjetunion wurde das Geheime Zusatzprotokoll immer als Fälschung abgetan. Im heutigen Russland wird die Intention des Abkommens immer noch schöngeredet. In Polen spielt die Erinnerung an diesen «Teufelspakt» (Sebastian Haffner) eine große Rolle: Nie wieder möchte man machtlos oder von Bündnispartnern im Stich gelassen werden. Denn mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges am 1. September 1939 brachen die beiden Erbfeinde Deutschland(-Österreich) und Russland Nichtangriffsverträge mit Polen und schafften den polnischen Staat ab. Sie lieferten damit den Auftakt zu weiteren Verbrechen während des Zweiten

Weltkrieges und teilten wie vereinbart Osteuropa (wie vor 1914) in Einflusszonen auf. Die Erinnerung an den 23. August 1939 muss im Gesamtkontext der polnischen Geschichte gesehen werden, in der der Verlust eigener Staatlichkeit durch die benachbarten Großmächte tiefe Spuren hinterlassen hat.³⁶ In dieser Lesart war der Pakt die vierte Teilung Polens nach 1772, 1793 und 1795. Eine gesamteuropäische Erinnerung an den Molotow-Ribbentrop-Pakt gibt es indes bis heute nicht.³⁷ Wenig später regelte der deutsch-sowjetische «Grenz- und Freundschaftsvertrag» die Unterdrückung jeglichen polnischen Aufbegehrens, die weitere politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit und forderte die Westmächte zur Beendigung des Krieges auf; von «sowjetischer Neutralität konnte angesichts solcher Absprachen keine Rede mehr sein», wie der Historiker Stefan Creuzberger betont.³⁸ In der Folge belieferten die Sowjets die Kriegsmaschinerie Hitlers und zielten dezidiert darauf ab, die «bilateralen Beziehungen über die Schaffung handelspolitischer Abhängigkeiten weiter zu fundieren, was gleichzeitig dem eigenen gesteigerten Sicherheitsbedürfnis dienen sollte».³⁹ Eine Politik, die man mit «Sicherheit durch Verflechtung» beschreiben könnte.

Der Hitler-Stalin-Pakt war ein Abkommen auf Zeit. Es war kein auf Vertrauen begründetes langfristiges Bündnis. Am 22. Juni 1941 beendete der deutsche Überfall auf die Sowjetunion die Hochphase des «Teufelpaktes». Es folgten ein weltanschaulicher Vernichtungskrieg, der in engem Zusammenhang mit der Shoa gesehen werden muss. Die deutschen Verbrechen hinterließen im Osten Europas tiefe Spuren. Nicht nur in der Sowjetunion und nicht nur unter den ethnischen Russen: die Entgrenzung der Gewalt traf alle Ethnien und Religionen, doch die sowjetische Herrschaft über Ostmitteleuropa nach 1945 lag wie Mehltau über einer differenzierten Erinnerungskultur. Der «Große Vaterländische Krieg» blieb in der UdSSR und auch in Russland ein gewichtiger historischer Referenzpunkt und der 22. Juni 1941 ein traumatischer Tag des Überfalls, der das Sicherheitsdenken beeinflusste. In Deutschland war die Erinnerung an den verlustreichen «Ostkrieg» tief im Gedächtnis der Nation eingebrannt. Er wurde während des Kalten Krieges politisch instrumentalisiert, wobei es auch zu verzerrten Opfernarrativen kam, etwa in Bezug auf die Schlacht von Stalingrad, die Flucht und Vertreibung aus den Ostgebieten oder die noch in sowjetischer Hand befindlichen deutschen Kriegsgefangenen.⁴⁰ Hinzu kam in der Nachkriegszeit die Furcht vor Vergeltung und auch später blieb Kriegsangst ein

wichtiges Element der deutschen Gesellschaft.⁴¹ Denn aller Wiederaufbau war schwer.

Die Potsdamer Konferenz im August 1945 war entscheidend für die Nachkriegsordnung in Deutschland. Sie festigte allerdings tiefsitzende deutsche Ängste, alle Staaten könnten sich gegen einen verbünden und gar das eigene Staatsgebiet aufteilen.⁴² In Osteuropa blieb die Konferenz von Jalta vom Februar 1945 stärker in Erinnerung. In der pittoresken Kurstadt auf der Krim tagten Winston Churchill, Franklin D. Roosevelt und Josef Stalin. Die westlichen Alliierten handelten in der notgedrungenen Kriegsallianz weiter aus «Pragmatismus, nicht Prinzipientreue» und sanktionierten die Grenzziehungen des Hitler-Stalin-Paktes, da sie dem sowjetischen Diktator die Sicherung seiner Einflussphäre in Ostmittel- und Südosteuropa zugestanden, wo die Rote Armee immer weitere Landstriche eroberte.⁴³ Die Ostgrenze Polens wurde aufgrund sowjetischer Annexionen gen Westen verschoben. Vor allem Roosevelt wird bis heute ein Ausverkauf ostmitteleuropäischer Interessen vorgeworfen. Jalta wurde, wie das Münchner Abkommen 1938, zur Chiffre diplomatischer Niederlagen gegen Diktatoren, der Aufteilung von Interessenssphären der Großmächte und fruchtloser Versuche des Appeasements.⁴⁴ Tauroggen, Rapallo, Molotow-Ribbentrop, Jalta – all das spielte nach 1945 zunächst keine unmittelbare Rolle für die Ausgestaltung der deutschen Ostpolitik.

Westbindung und Neue Ostpolitik

Die außenpolitische Bewegungsfreiheit der Bonner Republik war durch die begrenzte Souveränität eingeschränkt. Man musste kleine Brötchen backen, zumal bundesdeutsche Außenpolitik nach 1949 immer auch Aussöhnungs- und «Wiedergutmachungspolitik»⁴⁵ für die Verbrechen des Nationalsozialismus war und man Vertrauen in das neue Deutschland gewinnen musste.⁴⁶ Konrad Adenauer vertrat das «Kernstaat-Konzept» und die «Hallstein-Doktrin» untermalte den Alleinvertretungsanspruch.⁴⁷ Die Bundesrepublik, nicht die DDR, sollte der deutsche Staat sein. Adenauer wollte den Kernstaat im Westen verankern, dafür aufs Erste die Teilung hinnehmen und schrittweise wieder größere Souveränität und außenpolitische Handlungsfreiheit erlangen. Eine falsche Entspannungspolitik oder gar Neutralismus sollte es nicht geben. Die junge Bundesrepublik wurde fest in der